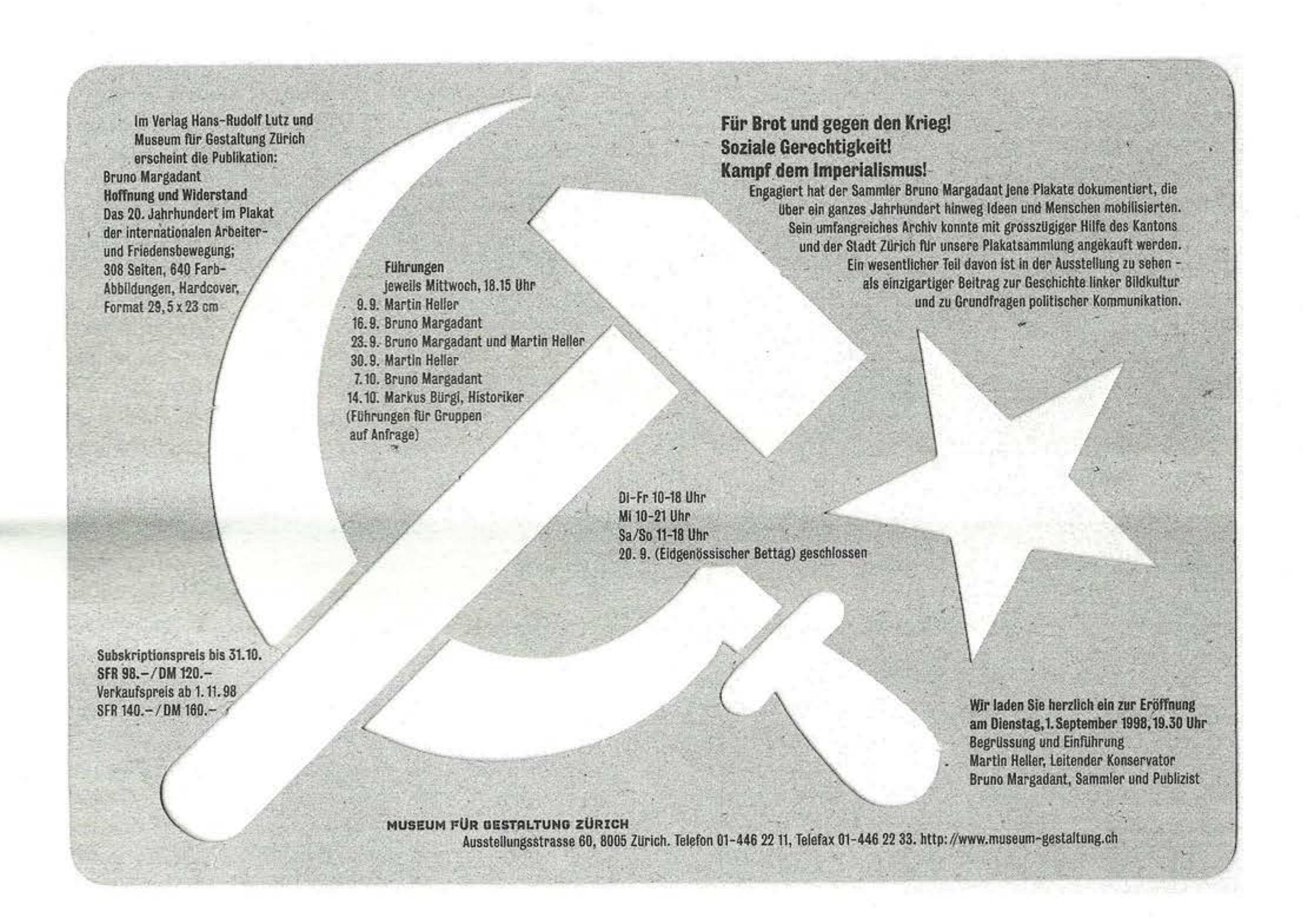
Nr. 35 September 1998

STUDIENBIBLIOTHEK INFO

Bulletin der Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung



Nach 100 Tagen Patenschafts-Aktion: 24 Patinnen und Paten spenden Fr. 13'600.–. Wir brauchen mehr!

Mit Eurer Patenschaft...

Erstens danken wir all denen ganz herzlich, die für die Studienbibliothek spontan eine Patenschaft übernommen haben. Bis Mitte September waren es 22 Menschen, die jährlich zusammen 12'000 Fr. an uns überweisen wollen.

Zweitens wollen wir unsere Enttäuschung nicht verhehlen, dass sich so viele (1700 Info-Konsumenten) bisher nicht zu einer Patenschaft und damit nicht zu tätiger Solidarität entschliessen konnten.

Drittens lassen wir uns dadurch nicht entmutigen und führen unsere Patenschaftsaktion fort. Gerne schicken wir das Info 34 auch an Adressen, die ihr uns nennt.

Entschuldigen müssen wir uns für einen Fehler, der uns in der Darstellung des «Jahresbudget 1998» unterlaufen ist. Hier die korrigierte Fassung:

Jahresbudget 1998

	AUFWAND sfr.	ERTRAG sfr.
Personalaufwand	160 000.00	
Raumkosten Quellenstr. 25	52 000.00	
Abschreibungen	8 000.00	
Verwaltungsaufwand	12 000.00	
Betriebskosten Bibliothek	20 000.00	
Spenden + Beiträge		10 000.00
Lizenzen, Doubletten, Diverses		6 000.00
Zinserträge		1 000.00
Liegenschaft Froschaugasse 7	75 000.00	140 000.00
Subventionen		40 000.00
	327 000.00	**197 000.00**

Der Ausgabenüberschuss hat sich durch die Patenschaftsübernahmen bis dato nur unwesentlich positiv verändert. Da wir aber schon geahnt hatten, welch langen Atem wir für eine solche Aktion brauchen werden, war unser «kurzfristiges Finanzkonzept» nicht ausschliesslich darauf ausgerichtet. Wir leben somit momentan weiterhin in erster Linie auf Kosten des Stiftungsvermögens, sprich wir belasten die Hypothek auf die Liegenschaft Froschaugasse noch stärker. Zusätzlich haben wir beim Bundesamt für Kultur und beim Lotteriefonds des Kantons Zürich Projektanträge gestellt, um inhaltlich an der Nachlassaufarbeitung weiterarbeiten zu können. Auch Privat- und Bankenstiftungen wurden von uns um Unterstützung angefragt. Leider liegen bis heute (ausser 2'000 Fr. von der ZKB) keine definitiven Zusagen vor, wenngleich das Bundesamt für Kultur seine Bereitschaft deutlich signalisiert hat.

Trotzdem, aufatmen könnten wir auch dann nur kurz- bzw. mittelfristig. Bei den Projektanträgen handelt es sich nur um einmalige Zuschüsse. Für eine längerfristige Arbeit brauchen wir aber regelmässige Beiträge. Und diese werden wir auch in Zukunft von der öffentlichen Hand einfordern. Doch selbst wenn es glücken sollte, braucht es bis dahin viel Zeit, und um die zu überbrücken, brauchen wir unbedingt Eure Hilfe.

Heute ist trotz aller Schwierigkeiten das Info 35 pünktlich bei Euch angekommen. Ermöglicht durch unbezahlte ehrenamtliche Arbeit und die Unterstützung eines Gönners. Alle Infos der Jahre 97/98 konnten nur entstehen, weil wie die Herstellungs- und Druckkosten nicht bezahlen mussten. Dafür möchten wir an dieser Stelle sehr herzlich dem grosszügigen Spender danken.

Zwei Textbeiträge dieses Bulletins betreffen aktuelle Diskussionen.

Peter Kamber, unserern Lesern und Leserinnen u.a. durch das Buch «Aus meiner linken Schublade» über Leben und Werk von C.F. Vaucher bekannt, hat ein neues Buch geschrieben, in dem er sich mit der Schweiz und ihrem Umgang mit der Vergangenheit auseinandersetzt. Im Info 35 kommentiert er ganz subjektiv den Zwischenbericht der «Unabhängigen Historikerkommission» und die Entschädigungsleistungen der Schweizer Banken an die Holocaust-Überlebenden.

Das «Schwarzbuch des Kommunismus» wird seit seinem Erscheinen von zahlreichen Rezensionen begleitet (Internet-Benutzer/innen können die Zunahmen täglich verfolgen). Wir haben uns entschieden, nicht eine weitere abfassen zu lassen, sondern die von Rossana Rossanda für «il manifesto» verfasste, abzudrucken. Sie erscheint uns geeignet, um innerhalb der Linken weitergehend über das Thema zu diskutieren.

Ein Beitrag aus unserer eigenen Archivarbeit vervollständigt dieses Heft. In seinem Text beschreibt Sandro Schaub, wie die schweizerischen und kantonalen Staatsschutzstellen während Jahrzehnten versucht haben, aus der Person Theo Pinkus einen «Ost-Spion» zu produzieren. Zahlreiche dieser Akten wurden im Hinblick auf einen möglichen Strafprozess hin angelegt. Das Material ist plastisches Zeugnis des politischen Klimas der Schweiz während des Kalten Krieges.

Die Abbildungen auf S. 4, 6 und 9 sind aus dem Buch: «Hoffnung und Widerstand» Das 20. Jahrhundert im Plakat der internationalen Arbeiter- und Friedensbewegung. Verlag Hans-Rudolf Lutz und Museum für Gestaltung Zürich 1998.

Die gleichnamige Ausstellung im Museum für Gestaltung Zürich dauert noch bis zum 18. Oktober 98 und ist sehr empfehlenswert.

Brigitte Walz-Richter

Die Banken zahlen: Kleine Geschichte einer Implosion

Im Unterschied zu einer Explosion – dem Zerplatzen von Materie unter grossem Knall – handelt es sich bei einer Implosion um das schlagartige Einbrechen eines luftleeren Raumes durch äusseren Überdruck. Irgendwann wird vielleicht einmal nachweisbar sein, dass die Schweizer Banken in den kritischen Monaten der Verhandlungen um eine aussergerichtliche Beilegung des Streits um die Höhe der Entschädigungsleistungen für die Holocaust-Überlebenden und ihre Nachkommen ganz bewusst ein Informationsvakuum herstellten. Von Ferne war zwar zu sehen, wie Aushilfskräfte der Banken in den Archiven Material zusammentrugen und wie gewissermassen stündlich das Wissen dieser Banken über ihre Verstrickung in den Zweiten Krieg wuchs. Doch nach aussen drang gar nichts. Da die angeheuerten Aushilfskräfte keinen Ton über ihre Arbeit sagen durften, befiel einen die sprichwörtliche Schweizer Diskretion bald schon selbst, und wenn ausnahmsweise im Vorraum des Bundesanrchivs doch ein Gespräch in Gang kam, dann bot sich nicht mehr als das Wetter und die Freizeit als Konversationsstoff an. Wieder einmal war das Wissen über die Vergangenheit zum Geheimwissen geworden.

Den Banken kam es in einem zynischen Kalkül mit Sicherheit nicht ungelegen, dass die populistischen Rechtsparteien, die aufgehetzte Stimme des Volkes und Teile der Presse auf billige Weise dieses Verlautbarungsvakuum füllten und in Windeseile ein revanchistisches Meinungsmonopol errichteten. Das besinnungslose Geschrei zu Hause in der Schweiz liess sich in Amerika bei den Verhandlungen oder zumindest bei den Verhandlungspausen ohne Zweifel trefflich verwerten. Die Banken und die Mitglieder der Regierung wussten, warum sie sich nur über die Hearings der Gegenseite in Amerika beschwerten, selbst aber in der Schweiz keine durchführten. Sie sahen keinen Anlass, die eigenen Dokumente vorzulegen und mit Geständnissen und Selbstbezichtigungen etwas gegen die brodelnde Volksseele und das hässliche schweizerische Wutgesicht zu unternehmen. Die Information der Schweizer Öffentlichkeit gehörte nicht in ihr Ressort.

Die Regierung, die ihre Verantwortung ganz an die Unabhängige Expertenkommission delegiert hatte, sah es erst recht nicht als ihre Aufgabe an, «Winkelried» zu spielen und die Spiesse der Populisten auf sich zu lenken. Und die Expertenkommission selbst? In ihrem Zwischenbericht vom Mai 1998 – «Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg» – leistete sie zwar wichtige Vorarbeit, aber die heissen Fragen – insbesondere – ich zitiere aus dem Vorwort – «alle rechtlichen Probleme» um den Ankauf des Nazi-Goldes und «sämtliche Probleme im Zusammenhang mit der Neutralität» überliess sie in diplomatischer Zurückhaltung dem für das Jahr 2001 geplanten «Schlussbericht». Es wurde, wie der Präsident der Unabhängigen Expertenkommission, Prof. Jean-François Bergier, in seinem Vorwort schrieb, «in diesem Goldzwischenbericht vorübergehend darauf verzichtet, das Verhalten der betroffenen Akteure auch aus rechtlicher Sicht zu beurteilen.» In Latein fügte Bergier hinzu «Da mihi facta et dabo tibi ius» (Gib mir die Fakten, und ich werde dir sagen, was Recht ist) und fuhr sehr defensiv und ganz auf Nummer sicher gehend fort: «Gestützt auf die hier aufgeführten Fakten wird die Kommission Experten damit beauftragen, diese Bewertung vorzunehmen.» Mit diesem Vorschlag zu einer Arbeitsteilung – zunächst die Fakten, später die Beurteilung – versuchte die Unabhängige Expertenkommission ebenfalls, sich aus der Schusslinie zu manöverieren. Denn sie war längst selbst zur Zielscheibe populistischer Kritik geworden – und blieb es auch weiterhin, trotz dieser Zurückhaltung. In der Basler Zeitung veröffentlichte ein Hans J. Rossi aus Seltisberg beispielsweise noch am 3. August 1998 den folgenden typischen Leserbrief: «Die sogenannte 'Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg' (...) wird Dutzende von Steuermillionen kosten, und was haben wir am Ende davon? Ein besseres Gewissen? Wohl kaum. Tausende von Ordnern werden herumstehen, deren Inhalt fast niemanden wirklich interessieren wird. Sie könnten vielleicht dazu dienen, unter irgendeinem Vorwand unser Land weiter zu erpressen.»

Mit anderen Worten: Auch die Bergier-Kommission hielt wie die Banken und die Regierung in diesen stürmischen Wochen vor Abschluss einer Einigung über die Globallösung in der alles entscheidenden Frage Funkstille. Was war die – meiner Meinung nach – von einigen kühl miteinberechnete, von den den anderen billigend in Kauf genommene Folge? Die sich selbst überlassene Öffentlichkeit neigte angesichts der Gespenster aus der Vergangenheit immer mehr zur Ansicht: «Schlagt sie tot, pfählt sie!» Der kritische historische Diskurs war kaum mehr existent. Unkontrolliert wucherte bis in die Spalten der sonst auf Respekt bedachten Zeitungen hinein die Meinung, es gehe nicht um eine rechtliche Frage und um eine Entschädigung von begangenem Unrecht und um ein Strafgeld für die Arroganz in der Vergangenheit, sondern um «Erpressung». Die NZZ schrieb am 31. Juli 1998 unter dem Titel «Zum Bundesfeiertag» mit nicht

mehr zu übertreffender Selbstgerechtigkeit: «Die Führungsmacht USA exerziert gegenwärtig am Exempel der Schweiz vor, wie mit Staaten umgesprungen wird, denen das selbsternannte Weltgewissen die Gunst entzogen hat.» Es lässt sich gar nicht mehr aufzählen, wer sich da unter den Nicht-Geheimnisträgern aus wütender Unwissenheit heraus alles kompromittierte und, statt ernsthaft über die politische Theorie von Sanktionen nachzudenken, Zeter und Mordio schrie und haarsträubende «Erpressungs- und Lösegeld»-Vorwürfe in die Welt setzte.

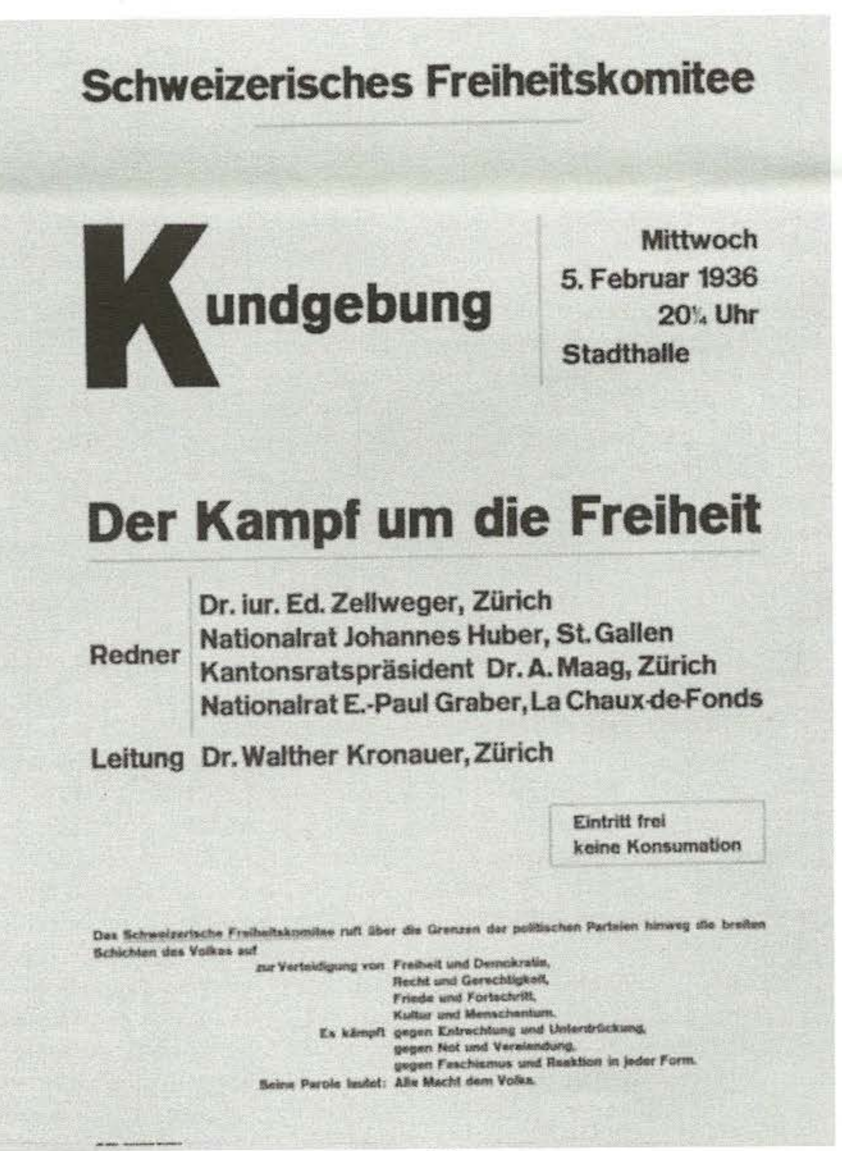
Jetzt ist die Sache gegessen. Die Sanktionen haben gewirkt, die Banken werden zahlen und am Fernsehen erklärte Rainer E. Gut von der Credit Suisse, der Schweizer Chefarchitekt der Globallösung, am 13. August, dem Tag nach der Einigung, «ich fühle mich nicht erpresst».

Aha! Nur ist leider inzwischen das Porzellan zerschlagen, die Idee der Solidaritätsstiftung arg zerzaust und die Stimmung in der Bevölkerung auf einem – ich wiederhole es nochmals – von vielen Verantwortlichen ziemlich kalkuliert angepeilten Nullpunkt. Für die Erarbeitung eines neuen Geschichtsbildes gingen ganz wichtige Monate vermutlich unwiederbringlich verloren. Denn im allgemeinen Gebrüll, das sich erhob, zementierte sich noch einmal das alte. Und die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich im Jahre 2001 über die Schlussfolgerungen der Unabhängigen Expertenkommission nur diejenigen noch Gedanken machen werden, die schon jetzt wieder zur Minderheit gehören. Das alles nur – ich glaube, ich fantasiere nicht –, weil sich einige Leute dachten, es liesse sich, wenn die Bestie Volksseele nur tüchtig rumore, vielleicht ein paar Hundert Millionen Franken sparen.

Und wie geht's weiter? Zitieren wir für einmal die sehr konservative, grosse Schwester der NZZ, die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Sie schrieb am 14. August 1998 zur soeben bekannt gewordenen Globallösung: «Während die jüdischen Organisationen im amerikanischen Senator D'Amato einen einflussreichen Verbündeten fanden, der alle Tricks der Medienindustrie beherrschte, wirkten die Schweizer Banken in der Auseinandersetzung wie eine Laienschar. Jahrzehntelang spielten sie als Profiteur des Kalten Krieges Tresorverwalter der Reichen, brauchten lediglich das Geld gut anzulegen, das ihnen in Mengen zufloss. Das machte die Banker hochmütig, minderte ihre Sensibilität für ethische Dimensionen des Geschäfts. Es ist daher keine Überraschung, dass die Bankiers – ähnlich wie die gesamte Schweiz – lange nicht wahrhaben wollten, wie sehr sich mit dem Ende des Kalten Kriegs auch ihre Position änderte. Der windstille, neutrale Platz zwischen den Blöcken war dahin. Offene Rechnungen, die lange wegen der grossen Nützlichkeit der Neutralen im Kalten Krieg nicht präsentiert wurden, kamen nun auf den Tisch. (...) Das Land wäre schlecht beraten, wenn es die verspätete Korrektur seines geschönten Geschichtsbildes nun unterliesse, sich gewissermassen mit dem Geld der Zürcher Gnome davon freikaufte.»

Peter Kamber

Von Peter Kamber erscheint Ende September ein Buchessay mit dem Titel «Ach, die Schweiz... Über einen Kleinstaat in Erklärungsnöten» (Arche Verlag). Er geht darin den Fiktionen der Schweiz nach, vom Mittelalter bis zu Gegenwart.



Max Bill, Buchdruck, 128 x 90 cm, Schweiz, 1936

Ein Jahrhundert auf dem Scheiterhaufen

Das «Schwarzbuch des Kommunismus» ist voreingenommen und zusammengeschustert, aber es ist ein Buch, das man lesen muss. Voreingenommen, weil es von der These ausgeht, dass jeglicher Kommunismus dazu verdammt ist, die Gesellschaft zu unterdrücken, die aus sich heraus und sogar mit breitem Konsens eine Revolution durchgeführt hat: stecke dahinter doch die utopische Anmassung, die natürliche Ordnung des Eigentums und des Marktes verändern zu können. Zusammengeschustert, weil zwischen den einzelnen Beiträgen zahlreiche Ungereimtheiten festzustellen sind. Darüberhinaus wird in der Einleitung von Stephane Courteois selbst die in den verschiedenen Beiträgen der Autoren enthaltene Problematisierung ausgespart, wovon die beiden Hauptautoren Nicolas Werth und Jean Louis Margolin sich distanziert haben, ebenso wie die Schule um Furet sich gegen ihre post mortem Vereinahmung verwahrt hat. Dennoch sollte dieses Buch gelesen werden. Es ist keine Geschichte des realen Sozialismus, sondern eine Bilanz der in seinem Namen begangenen Verbrechen. Ist es statthaft, diese für sich zu untersuchen, abseits vom historischen Kontext? Ich denke schon. Denn egal, wie man die einzelnen Daten, den Umfang der Repressionen, die verschiedenen Hochrechnungen, Manipulieren und Schätzungen bewerten mag, oder die Tatsache, dass vieles längst gesagt ist und nichts Neues bringt – die zentrale These lautet: Überall, wo die Kommunisten an die Macht kamen, war die staatliche Gewaltmonopol härter und umfassender als die jeder demokratischen Geschellschaft.

Ich spreche ganz bewusst vom «staatlichen» Monopol, weil sich die Gewalt in allen hier zu betrachtenden Ländern vor der Revolution nicht nur seitens des Staates, sondern in Form der «Regeln» des Kolonialismus und des Marktes, der extremen Gegensätze zwischen Klassen und Schichten oder Kasten, austobte. In den kommunistischen Regimen zeigte sie sich in der allmächtigen Staatspartei, die alles im Namen des Volkes richtete. Ebenso die Fehler und Irrtümer. Was einst den Schlachtruf des Kommunismus ausmachte, die Befreiung des Menschen von äusseren Fesseln bis hin zur Abschaffung des Staates, verwandelte sich zu einem tödlichen Widerspruch im Namen der Emanzipation.

Warum hat sich in keinem kommunistischen Land die These aus dem Manifest von 1848 bewahrheitet, dass die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie oder Herrschenden nur vorübergehend sei, sobald sie durch Mechanismen der gesellschaftlichen Selbstbestimmung und Konsensfindung abgelöst würde? Das Machtzentrum blieb zentralisiert und hat Rechte und Dienstleistungen – Bildung, Gesundheitswesen, sozialen Aufstieg – zwar allen zugänglich gemacht, was es vorher nicht gab, aber nicht als Wert betrachtet, der um jeden Preis verteidigt werden muss. Die Gesamtheit dieser Gesellschaft ist betroffen von der Krise der zugrundliegenden Idee, wenn nicht gar auf den Kopf gestellt.

Es geht nicht an, sich so davonzustehlen, wie es Le Monde diplomatique (mit Ausnahme des Kommentars von Moshe Lewin) getan hat, indem sie sich an den vielen Tatsachenverdrehungen festklammern. Vieles aus diesem Buch gehört durchaus an den Absender zurückgeschickt: die Einleitung von Stephane Courteois, das Kapitel über die Komintern und die «Volksdemokratien» ebenfalls von Courteois, von Karel Bartosek oder von Andrej Paczkowski, in verbittertem Ressentiment verfasst, und jene noch oberflächlicheren Teile über Lateinamerika. Aber ohne Auseinandersetzung und Prüfung dürfen wir weder die Detailanalysen in den kürzeren Beiträgen noch die beiden Aufsätze von Nicolas Werth über die UdSSR und von Jean Louis Margolin über China und die asiatischen Kommunismen, die allein zwei Drittel des gesamten Buches ausmachen, einfach beiseitewerfen.

Die Arbeit von Werth ist die einzige, die auf einer soliden Quellenlage gründen soll. In den 60er Jahren hatte die UdSSR begonnen, ihre Archive zu öffnen, und heute stehen gewissermassen alle zur Verfügung. In einem Land kontinentalen Ausmasses wie China wären sie unerlässlich, sind aber nicht zugänglich. Da sind zwei Wege möglich: Entweder man verzichtet auf jeden Versuch der kritischen Analyse, oder man versucht sorgfältig auseinanderzuhalten, was man weiss und was man bloss vermutet. Im vorliegenden «Schwarzbuch» hat diese Sorgfalt nicht obsiegt. Die Bibliographie besteht fast ausschliesslich aus Arbeiten, die nach 1989 verfasst wurden, geschrieben, aus der Optik der «Sieger». Werth zitiert nicht einmal Isaac Deutscher, Lewin ein einziges Mal, die meisten der zitierten Quellen stammen aus der von Courteois in Paris herausgegebenen Zeitschrift «Kommunismus». Weder Werth noch Margolin stellen eigene Recherchen an, zudem muss der Leser selbst herausfinden, wer berücksichtigt und wer vernachlässigt wurde. Im Falle China ignoriert Margolin die überragenden angelsächsischen Studien: Ich rede nicht von Edgar Snow, sondern von Stuart Schramm oder von Jerome Chen, oder von Robinson, oder die Jahrbücher der Zeitschrift «Far Eastern» oder die Quellen aus dem zweiffelos, nicht unbeteiligten und unparteiischen US-Aussenministerium. Nichts von alledem. Allein Wiliam Hinton wird erwähnt. Oder die grosse Geschichte von Fairbanks, die in Cambridge erschien. Das «Schwarzbuch» täuscht nicht einmal historische Objektivität vor.

Warum sollten wir es dennoch lesen? Weil die Kommunisten bis heute keine Bilanz der real existierenden Sozialismen gezogen und noch weniger untersucht haben, warum die Repression derart Oberhand gewinnen konnte. Weder vor 1989 noch danach. Wir haben die schonungslose Analyse unseren Gegnern kampflos überlassen. Die Frucht war mehr als reif, ja faul, und jetzt werden wir beworfen.



Paul Brühwiler, Siebdruck, 128 x 90 cm, Schweiz, 1985

Nun zum Beitrag von Werth, dem Quellenreichsten, dem fast alle (nach Lewin alle) sowjetischen Archive zugänglich waren. Die sowjetische Bürokratie arbeitete peinlich genau. Das Bild, das sich ergibt, bestätigt die Richtigkeit der Zahlen über die Repression, die in den bislang allgemein anerkannten Texten wie dem von Robert Conquest über den «Grossen Terror» genannt wurden: Conquest zufolge hat der NKWD allein 1937 und 1938, in den fürchterlichsten Jahren, sechs Millionen Personen verhaftet, davon drei Millionen erschossen, zwei Millionen kamen in Lagern um. Die Unterlagen aus den Archiven belegen 1'575'000 Verhaftete, 1'345'000 Verurteilte, davon 681'692 zum Tode Verurteilte, wobei nicht alle Urteile vollstreckt worden sind. Auch wenn man diesen fürchterlichen Rhythmus für den betreffenden Zeitraum – die Periode der Kollektivierung, die beiden oben erwähnten Jahre und die Nachkriegszeit bis 1953 – beibehält, wogegen einiges spricht, lässt sich die von Conquest genannte Gesamtzahl von 25 Millionen Opfern nicht aufrechthalten. Wahrscheinlich schwankt die Zahl der Inhaftierten und der Toten zwischen einem Drittel und der Hälfte. Während die Zahl der Erschossenen ziemlich genau quantifizierbar ist, wie auch diejenige der während der Deportationen und in den Lagern Umgekommenen, ist die Zahl der Verschollenen («passati») wegen der unterschiedlichen Formen der Inhaftierung kaum zu präzisieren. Der Gulag war ein System auf Zeit, Leute wurden gebracht und entlassen, es herrschte Fluktuation. Sicher ist, dass in den Perioden der härtesten Repression in den Gulag-Lagern über zwei Millionen Menschen festgehalten wurden: unmittelbar nach Stalins Tod amnestierte Berija die Hälfte, 1'200'000 kamen frei, der Rest in den darauffolgenden Jahren. Das Verhältnis der Gulag-Deportierten zur Gesamtheit der Bevölkerung beträgt durchschnittlich 1 zu 100 (bei uns kommt ein Gefängnisinsasse auf mehr als 1000).

Das sind fürchterliche Zahlen – es handelt sich um Menschenleben, Festgenommene und durch Urteil und Unterschrift in den Tod Geschickte, die ein ganzes Heer von Apparatschiks unterstellen. Sie wurden von Beginn an von einer mächtigen Sonderorganisation eingesetzt, der Tscheka von Felix Dzershinski und seinen Nachfolgern. Abgesehen von der erschreckenden statistischen Bilanzierung müssen wir eine Reihe von Überlegungen anstellen.

Warum die gewaltige Repression? Sie liegt in der Phase der Revolution und des Bürgerkrieges, als es übrigens nicht die Bolschewiki waren, die den Terror anzettelten, der in einem erniedrigten und aufgewühlten Land explodierte, das keine andere Wahl als die der Rebellion hatte. Es gibt keinen Anlass für die These, bemerkt auch Werth, Lenin hätte einen heranreifenden demokratischen Prozess blockiert. Die Kommunisten schafften sofort die Todesstrafe ab, hielten sich aber nicht daran. Werth bringt einige bluttriefende Zitate von Lenin (etwa «erschiesst sie alle»), doch sie belegen eher eine aussergewöhnliche Stressituation denn seine kulturelle Grundhaltung – für Lenin ist Repression das notwendige Mittel angesichts des

Angriffs der Weissgardisten und der ausländischen Intervention, kein Regierungssystem. Nicht so für Stalin, der die Repression zum Dauerzustand machte, und der die Repression als Methode der sozialen, und ab einem gewissen Punkt sogar der ethnischen Umgestaltung einsetzte. Die von Chruschtschow in seiner Geheimrede lancierte These, dass die Repression sich vor allem gegen die innerparteiliche Opposition gerichtet hätte, gehört in den Bereich der Ammenmärchen. Sie erfasste ganze Sozialschichten und später einige nationale Minderheiten. Das «Schwarzbuch» spricht vom «Krieg gegen das Volk». Gegen das Volk nicht, aber gegen die Bauern. Ein Krieg, den Bucharin so gefürchtet hatte, und der so schreckliche Kosten mit sich brachte. Er beruhte auf der Idee, soziale Umgestaltungen durch Unterdrückung und Deportation voranzutreiben: Wo das Proletariat eine prämoderne, rückwärtsgewandte Schicht wie die Kleinbauern (als solche wird sie auch in der Marxschen Konzeption angesehen) nicht an sich binden kann, müsse es versuchen, ihren Widerstand auch mit Gewalt zu brechen. Das ist eine völlige Verdrehung der Marxschen Theorie der Diktatur des Proletariats. Die Deportation gerät aus der Fassung sogar dort, wo sie funktioniert: Die Ex-Kulaken in den Lagern neben den grossen Industriekomplexen bewegen sich ab einem gewissen Punkt ausserhalb der Lager, an der Seite der freien Arbeiter, ja sie machen z.B. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung des berühmten Magnitogorsk aus. Die Grenze zwischen Haft und Zwangsarbeit, zwischen Zwangsarbeit und Arbeit verblasst – in beide Richtungen. Und die offene Wunde zwischen Bauernschaft und Sowjetmacht wird sich nicht mehr schliessen.

Das ist eine Schranke des kommunistischen Aufbruchs, die wir – wenngleich weniger zugespitzt – in allen Revolutionen dieses Jahrhunderts wiederfinden werden. Guevara wird darauf in Bolivien stossen und daran zugrundegehen. Die Bruchstelle scheint im Auseinanderdriften des Blocks der sozialen Kräfte, die an der Revolution teilgenommen haben, und des Blocks der sozialen Kräfte des «sozialistischen Aufbaus» zu liegen. Dies gilt nicht nur für die UdSSR, sondern für alle Drittweltländer. 1917 hat Lenin tatsächlich die Unterstützung der Bauern, weil er ihnen Brot und Frieden verspricht und wirklich gibt. Dieses Vertrauen geht verloren, als zur Beschlagnahmung der Ernte übergegangen wird, um so mehr, als auf dem Land zwischen den geschätzten «Bolschewiki» und den ungeliebten «jüdischen Kommunisten» unterschieden und nicht mehr hingenommen wird, die Stadt jenseits des Marktes zu ernähren. Das bäuerliche Kleineigentum steht nicht nur im theoretischen Widerspruch zum gesamten kommunistischen Projekt, sondern widerspricht den elementarsten Erfordernissen des Landes. Die Besteuerung führt zur Verweigerung. Lenin antwortet mit der «Neuen Oekonomischen Politik», dem teilweisen Rückzug auf den ungleichen Mechanismus von Eigentum und Markt, der zu einer gewissen Belebung der Landwirtschaft und des Kleinhandels führt. Ungleicher Zugang zu den Gütern erscheint den Massen akzeptabler als Beschlagnahmung und Umverteilung. Man laviert zwischen Notwendigkeit und Utopie. Stalin lösst das Problem mit der forcierten Kollektivierung: keinerlei Versuch von vorübergehenden Kompromissen, Waffenstillstand, Konsens. Der rebellierende Geist verwandelt sich in die Fratze des Gegners, und man kann sie fortan nicht mehr unterscheiden.

Die Deporationen verursachen fünf bis sechs Millionen Tote (fünf für Margolin im Anschluss an Farquhar, sechs Millionen für Werth auf der Basis der Untersuchungen auch von Andrea Graziosi). Man kann einer Bewertung misstrauen, die um eine Million mehr oder weniger oszilliert. Man kann die Behauptung zurückweisen, das alles sei ein «von der Partei angeordnetes» Verbrechen gewesen. Entscheidend ist: War es ein Verbrechen «im eigentlichen Sinne» oder die unvorhergesehene Konsequenz der beschleunigten Enteignung und der Agrarrevolution? Das «Schwarzbuch» stigmatisiert die kommunistische Überlegenheit, aber der eigentlich ernstzunehmende Vorwurf besteht darin, dass die Kommunisten nicht fähig gewesen seien, auf die tatsächlichen Ereignisse, die alle Vorhersagen über den Haufen geworfen hätten, angemessen zu reagieren. Die Liberalen wissen eh, an wen sie sich zu halten haben: mehr schlecht als recht, der Markt machts. Wer daran nicht glaubt, für den ist die Frage der realen Machtbarkeit das «Problem» Nummer eins. Aber wo setzt man an?

Gegen die Arbeiter an sich hat es keinen Krieg gegeben. Aber Lenin liquidiert die Sowjets: Die Partei konzentriert sich mehr auf die Militarisierung der Arbeit als auf ihre Selbstverwaltung. Der Waffenstillstand verwandelt sich in «einen ungleichen Tausch» zwischen Sowjetregierung und Arbeiterklasse – machtlos aber vollbeschäftigt, mit einer gewissen Mobilität, realen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs, Zugangsmöglichkeiten zu sozio-kulturrellen Gütern und Dienstleistungen. Das stille Übereinkommen dauert partiell an. Doch hätte man eine moderne und verteidigungsfähige Industrie aufgebauen können durch blosse Addition der einzelnen Teile des alten produktiven Apparats? Ideologie und historische Situation spielten gegen die Räte, für den Plan und das Kommandowesen von oben.

In letzter Instanz verweist uns die Repression auf die Frage nach den Voraussetzungen, dem «Reifegrad» einer kommunistischen Revolution. Dazu reicht es nicht aus, dass die alten Eigentums- und Staatsstrukturen quasi zum Pflücken freiliegen, sondern dass sie voll ausgereift sind und vor allem ein neues politsches System installiert werden kann. Damit ist nicht gesagt, dass das Bündnis mit den Sozialrevolutionären entscheidend gewesen wäre. An diesem Punkt präsentiert das russische Experi-

ment seine offene Rechnung, das eigentliche Dilemma, das die Führungsgruppe der Bolschewiki nicht in den Griff bekam.

Aus dem Nicht-Lösen dieses Problems erwächst die Repression. Dass sie erleichtert wird durch das Machtmonopol der Partei, das Fehlen eines Korrektivs auf der Verwaltungsebene, den Mangel an Meinungsfreiheit bzw. der Artikulation von Widerspruch, also insgesamt das, was wir «stalinistisches» System nennen, ist die allereinfachste Feststellung.

Der Diskurs über China scheint dies zu bestätigen. In China gibt es nichts, was mit der Tscheka und ihren Unterorganisationen vergleichbar ist (der von Margolin benannte Geheimdienst hatte niemals dessen Machtfülle). Die Kommunistische Partei frisst nicht ihre Kinder, der politische Kampf marginalisiert die Unterlegenen, lässt ihnen aber die Chance zur Rückkehr – Deng ist dafür das Paradebeispiel. Das Hauptopfer ist Peng Dehuai, berühmter Mitkämpfer des Langen Marsches, der den Grossen Sprung ablehnt, 1967 festgenommen wird und 1974 im Gefängnis stirbt, wie nach der Kulturrevolution der alte Liu Shaoqi. Nur Lin Biao wurde erschossen, und das geheim. Zumindest eine Schlussfolgerung lässt sich ziehen: Die physische Vernichtung des Volksfeindes war weder Teil der maoistischen Praxis noch ihrer Theorie. Die Repression bot keinen Raum für Massendeportationen, die Haftbedingungen untersagten Folter, das Gefängnissystem ist ausgeprägt, aber als Arbeits- und Umerziehungslager angelegt. Obwohl jegliche offiziellen Quellen fehlen, kann man dies behaupten.

Aber mehr noch als Werth gegen Lenin, ist Jean Louis Margolin gegen Mao eingeschworen. Er wirft ihm nicht nur vor, ein blutrünstiger, wenngleich visionärer Tyrann zu sein, und ein System zu errichten, das auf Basis der psychischen Unfreiheit alle zu Gefängnisinsassen macht, ausgehend von den beiden spezifischen Hauptlastern Maos: die Verdrehung der Realität auf dem irrealen Wege zum sofortigen Kommunismus, und der Weg der Indoktrination.

In der chinesichen Revolution sei die Gewalt nicht so ausgeprägt gewesen wie in der UdSSR, sagt Margolin. Der scharfe parteiinterne Konflikt der 20er und 30er Jahre sei ein ihr nicht selbst zuzurechnendes Erbe. Die Greueltaten der Kuomintang und der japanischen Invasoren verleiten sie aber nicht zu vergleichbaren Missetaten. Die KP China wird die Bauern weder unterdrücken noch ihnen unzumutbare Steuern auferlegen, und sich dadurch vom sowjetischen Modell klar absetzen (ebenso, wie man 1957 – Margolin lässt es unerwähnt – mit dem «Diskurs über die zehn grossen Beziehungen» in jeder Hinsicht davon Abstand nimmt). Was Mao befürwortet, ist der direkte, gewattätige und hautnahe Kampf der Armen gegen die Herrschenden, auch gegen die weniger Armen, der Appell zum permanenten Kampf zwischen den sozialen Schichten, in der Überzeugung, dass diese Auseinandersetzung zugleich der Antrieb sei, die Waagschale stets zugunsten der Aermsten, der Massen, unten zu halten gegen den permaneten Gegendruck der «Herrschenden».

Das chinesische System zeichnet sich also nicht aus durch die Zahl der Getöteten, die es gegeben hat. Aber die Köpfe wachsen nicht wie Kohl, sagt Mao. Offizielle und offiziöse Zahlen liegen nicht vor und Margolin macht keinen eigenern Versuch der Quantifizierung. Hingegen wil er die Ausmasse der Umerziehungslager darlegen, vor allem auf Basis der persönlichen Erfahrungen von Jean Pasqualini, der dort sieben Jahre zubrachte, und anderer Dissidenten. Dass diese Umerziehung psychisch (Arbeitslager und dann noch Unterrichtung im «Marxismus-Leninismus») und auch physisch in einem derart armen Land eine Qual gewesen sein muss, liegt auf der Hand. Die Umerziehung in den Arbeitslagern und die Indokrination sind äusserst hart, sehr unangenehm ist auch der soziale Druck im System der «wechselseitigen Erziehung» Die Zahl der Selbstmordfälle ist höher als in der UdSSR, es handelt sich nicht um massenhafte, aber dennoch signifikante Zahlen.

Die Utopie vom neuen Menschen – wird abschliessend gesagt – resultiert in einer gewalttätigen Utopie. Die Unterdrückung des Kapitals und der Machtstrukturen ist hingegen stumm, die ewige Ungleichheit auf Erden. Liegt diese Gewalt in der marxistischen Tradition? Keinesfalls. Noch gibt es die Idee eines Proletariats – der Massen –, das als solches mit besonderer Tugend ausgestattet ist: für Marx widerspiegelt die Arbeiterklasse das Elend ihres entfremdeten Daseins. Diese Heiligkeit des Armen oder Ausgestossenen wird in tausend nachfolgenden Revolutionen ausbrechen, geprägt durch eine pädagogische Ethik, wie sie selbst die bolschewistischen Führungskader nicht vertraten. Der subjektivistische und ethische Elan des Maoismus ähnelt in vielem eher einigen Stimmungen von '68, denn Marxens Thesen. Es ist ein ethisches Gegengift gegen die prämodernen Machtgefüge, wo der Klassenkampf noch in seinen Kinderschuhen steckt. Aber warum den Drang nach einer Umwälzung der Gesellschaft von einem ethischen Antrieb abtrennen?

Margolins andere grosse Anklage gegen Mao betrifft das Konzept der Flucht nach vorne. Das erste Mal mit dem Grossen Sprung von 1958 bis 1960. Dass dies eine Niederlage war, ist unbestritten: Die Maoisten haben es zugegeben, machen dafür «Naturkatastrophen, den plötzlichen Abbruch der sowjetischen Hilfeleistungen, unsere eigenen Fehler» verantwortlich. Für Margolin gab es keine aussergewöhnlichen natürliche Unbilden, der Rückzug der russischen Techniker und Hilfsgüter sei nebensächlich, der Hauptirrtum sei vielmehr die Beschleunigung des gegen Privateigentum und

Markt gerichteten Programms gewesen, das Ende jeglicher privaten Dimension. Dadurch wurden die traditionell bescheidenen Ressourcen Chinas vollends verschüttet, ersten Erfolgen folgte eine gigantische Hungersnot, einigen Sachkennern zufolge die schlimmste des modernen China. Lassen wir diese Behauptung so stehen, sie ist nicht beweisbar. Die Zahlen jedenfalls sind schwindelerregend: Westlichen Quellen zufolge wurden – legt man demographische Daten zugrunde und rechnet die aus den statistisch am präzisesten erfassten Provinzen vorliegenden Zahlen für das gesamte Gebiet hoch – zwischen 20 bis 43 Millionen Menschen Opfer der Hungersnot. Nach heutigen, nicht offiziellen, chinesischen Quellen etwa 20 Millionen Personen – in einem Land mit mehr als einer Milliarde Bewohnern sind das 1,5 bis 5% der Gesamtbevölkerung. Margolin sieht dies als Beleg für die wesentlich kriminelle Natur des Konzepts vom Grossen Sprung. Die Frage nach der Kosten-Nutzen-Relation einer Radikalisierung ist auch für die Maoisten unausweichlich gewesen: für Mao sollte das Gleichgewicht in einem unaufhörlichen Auf und Ab der Bewegung der Massen gefunden werden, sich hochschaukelnd auf ein immer höheres Niveau. Bekanntlich hat das nicht funktioniert. Es sei denn, man denkt in Kategorien von zehntausend Jahren, was eine ganz nette, vielleicht sogar weise Vorstellung ist, aber sinnlos für ein Leben.

Die zweite Flucht nach vorn: die Kulturrevolution. Auch hier redimensioniert das «Schwarzbuch» die Zahlen: statt von «vielen Millionen» Toten, wovon in den vergangenen Jahren stets die Rede war, spricht Margolin (und Jean Luc Domenach nicht weniger vorsichtig) nunmehr von vierhunderttausend bis einer Million Opfern – Opfern eher infolge gewalttätiger Auseinandersetzungen denn organisierter Repression. Dabei entsteht das Profil einer wesentlich urbanen und Studentenbewegung und der daraus hervorgehenden Widersprüche, wie es die Aussagen von Rotgardisten bezeugen. Mao hätte versucht, eine Minderheit von Höherqualifizierten zu lenken, die sich als nicht regierbar erwies. Ohne Vorbild in den kommunistischen Regimes wirbelte die Kulturrevolution Partei und System durcheinander, endete schliesslich in dem extremen Bemühen, der Armee die Rolle des Schiedsrichters zwischen «Partei und Massen» zurückzugeben. Eine Armee ohne jegliches Vorbild, statt bewaffnetes Organ eher Mittel der ideologischen und zivilen Gesellschaftsformierung.

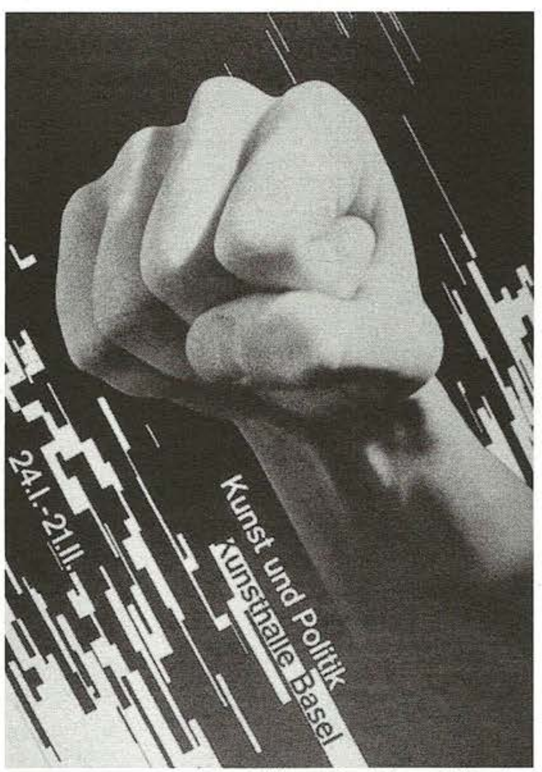
In Wahrheit ist China mit unserem Instrumentarium gar nicht erfassbar. Auch nicht mit jenem des originellen Marxismus. Margolin muss sein Dilemma offen eingestehen: Seine Arbeit, obwohl absolut feindlich eingestellt, offenbart dennoch ein Problembewusstsein, das dem Beitrag von Werth abgeht.

Gleiches gilt für die Kommunismen in Asien, hervorgegangen aus antiimperialistischen Kämpfen, militärischem Widerstand, untereinander ganz verschieden und alle blosse Schachfiguren, nachdem sie tapfer einen Krieg gewonnen haben. Entweder man opponiert – wie Chomsky im Fall Kambodscha – gegen das Fehlen einer vollständigen und unangreifbaren Dokumentation, sicherlich ein grosses Verschulden, ein noch offenes Problem. Oder das Bedürfnis wird mehr als je zuvor wachsen, sich mit dem Problem der mächtigen Verschmelzung des Kommunismus mit den Befreiungsbewegungen in diesem Jahrhundert auseinanderzusetzen – mit den vorhandenen Mitteln, ohne Ausweichmanöver, ohne Zögern.

Es bleiben alles historische Ausnahmesituationen, deren Besonderheit und Dichte nicht einmal Bücher wie die von Hobsbawm einfangen können.

Rossana Rossanda

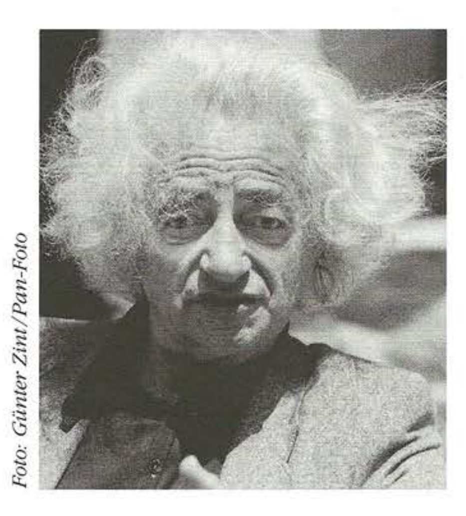
Rossana Rossanda ist ehemaliges Mitglied der KPI, Gründerin der Tageszeitung Manifesto, Autorin von journalistischen und wissenschaftlichen Arbeiten. Ihr Beitrag erschien in Il manifesto vom 25. Februar 1998. Die deutsche Zeitschrift «Sozialismus» veröffentlichte die Besprechung in der Übersetzung von Klaus Dieter Lühn im Heft Nr. 7/8 1998. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.



Peter von Arx, Peter Olpe, Offset, 128 x 90 cm, Schweiz, 1971

Theo Pinkus: «Objekt Nummer eins des Staatsschutzes»

Über die Unmöglichkeit, einen politisch Verdächtigen «in die Maschen laufen zu lassen»


Foto: Günter Zint/Pan-Foto

Über Jahrzehnte war Theo Pinkus stets ein aktiver Mensch, nicht nur in beruflicher Hinsicht, sondern vor allem auch in politischer. Sein Engagement für die Kommunistischen Parteien Deutschlands und der Schweiz vor und während des Krieges, seine weitverzweigten Kontakte zum sogenannten Ostblock in den Jahren danach wie auch seine offenen Sympathien für die neuen linken Bewegungen ab Mitte der sechziger Jahre, mobilisierte nicht nur eine Generation schweizerischer Nachrichtendienst-Beamter. Ihre Aufgabe bestand primär darin, minuziöse Überwachungsdienste zu leisten, diese schriftlich festzuhalten und dabei das gesamte Leben von Theo und seiner Familie auszuleuchten. Betroffen von diesen Massnahmen sind auch unzählige Freunde, Bekannte, politische Mitkämpfer und Geschäftspartner. Der Auftrag beginnt mit einem ersten Akteneintrag am 10. September 1936 und erstreckt sich dann über ein halbes Jahrhundert hin bis zu jener letzten Notiz am 15. Mai 1990. Zwischen diesen beiden Eckdaten konnte sich ein Papierberg von 1607 Einzel-Akten ansammeln, die zusammen wohl einen Umfang ergeben von über 10'000 Seiten. Lange Zeit war es dabei besonders ein Verdacht, der die Beamten zu ihren Überwachungen antrieb, nämlich jener der verbotenen nachrichtendienstlichen Tätigkeit. Im folgenden soll versucht werden, aus dieser Fülle des angehäuften Überwachungsmaterials jene Stellen wiederzugeben, die zeigen, dass die verschiedenen Bundes- und Polizeistellen während ihrer Tätigkeit immer auch diesen Verdacht vor Augen hatten. Im weiteren werden durch die Auszüge aus vier Jahrzehnten (1940–1978) auch jene für die Behörden so irritierenden politischen Balance-Akte sichtbar, die für Theo Pinkus' Persönlichkeit stets charakteristisch waren und ihn nicht selten auch heftiger Kritik aussetzten. Damit auch das politische Klima jener Zeitspanne gewisse Konturen erhält, sind ebenfalls Akten berücksichtigt, die politische Reaktionen von Menschen festhalten, die typisch sind für die Zeit des Kalten Krieges und des teilweise geradezu hysterisch anmutenden Antikommunismus. Die in Klammern gesetzten Ziffern am Ende jedes Abschnitts weisen auf die Nummer der jeweils zitierten Akte hin.

Hausdurchsuchung nach KPS-Verbot

Auf Befehl der Schweizerischen Bundesanwaltschaft [SBA] in Bern wird die Stadtpolizei Zürich beauftragt, an einem Mittwoch Ende November 1940, in der Wohnung von Theo Pinkus an der Besenrainstrasse 26 in Zürich 2 eine Hausdurchsuchung vorzunehmen, die in Zusammenhang steht mit der Zwangsauflösung der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS). Das Fazit der Hausdurchsuchung lautet: «Bei demselben konnte kein belastendes Propagandamaterial vorgefunden werden. Er besitzt eine Bibliothek von schätzungsweise 1000 Bänden. Eine grosse Zahl davon ist politischen Inhaltes.» Betroffen von diesen Massnahmen ist auch die Buchhändlerin Selma Bührer als Freundin und Geschäftspartnerin von Theo. In ihrer Wohnung beschlagnahmen die Beamten «107 Broschüren und Bücher kommunistischer Literatur», sehen sich aber bereits andern Tages aufgrund ihrer Beschwerde gezwungen, die ganze Bibliothek wieder auszuhändigen, «da es sich um einen Büchersuchdienst handelt». (0022)

Konflikt mit der SPS

Die Stadtpolizei Zürich zitiert am 19. März 1948 einen Artikel der Zeitung «Die Tat». Darin ist von einer kommunistischen Volkszeitung namens «Unser Tag» aus Süddeutschland die Rede, die von einem Schweizer berichtet, der auf dem kommunistischen Volkskongress in Dresden auftrat. Bei diesem Schweizer handelt es sich um Theo Pinkus, der mit diesen Worten über die politischen Ereignisse in der Tschechoslowakei spricht: «Ich konnte sehen, wie dort das werktätige Volk verhinderte, dass das Rad der Geschichte zurückgedreht wird. Ich konnte sehen und von den Freunden aller Richtungen hören, dass nun die wirkliche Demokratie wirtschaftlich und politisch durch die jetzige Regierung gesichert ist.» Diese Äusserungen veranlassen den Autor der «Tat» zur folgenden gehässigen Feststellung: «Sollte es stimmen, dass Pinkus Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist, so wäre es höchste Zeit, diesen Lobhudler der tschechischen Stalinknechte aus den Reihen auszuschliessen. Sollte sich aber der Pinkus fälschlicherweise als Sozialdemokrat ausgegeben haben, so ist er ein Lügner, und das müssten alle unsere Arbeiterzeitungen gebührend festnageln.» (0039)

Am Berliner Volkskongress

Das Referat von Theo Pinkus am 2. Kommunistischen Volkskongress von Mitte März 1948 in Berlin findet Erwähnung durch die Kantonspolizei Zürich am 15. April 1948. Dieses habe sich hauptsächlich aus Angriffen gegen die Westmächte und Lobpreisungen über die russisch besetzte Zone zusammengesetzt und sei in der «Täglichen Rundschau», die als russenfreundlich bezeichnet wird, veröffentlicht worden. Laut den Beamten wird Pinkus während seines Aufenthaltes in Deutschland «von den westlichen Besatzungsbehörden überwacht», die ihn als «russischen Agenten» beurteilen. «Bei uns», so die Beamten weiter, «steht er politisch mit einem Bein bei der PdA, mit dem andern bei der SP». Und weiter: «Wir selbst haben bisher bezüglich Pinkus festgestellt, dass er in regem Verkehr steht mit einigen Funktionären der PdA, sowie mit Kommunisten der Tschechoslowakei, Österreichs, Deutschlands, Frankreichs und Italiens.» (0040)

Theo Pinkus versus Edgar Woog

Am 23. März 1948 geht auch der Polizeidienst der Schweizerischen Bundesanwaltschaft nochmals auf das Referat von Theo in Dresden ein und unterstreicht dabei die Tatsache, dass er sich «als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Mitglied der Landesleitung der Naturfreunde» vorgestellt habe, obwohl er – wie weiter unten zu lesen ist, «schon vor Jahren als Kommunist gemeldet worden ist». Dass es schon früher zwischen ihm und der damals bereits verbotenen KPS zu Differenzen gekommen ist, geht ebenfalls aus diesem Dokument hervor: «1942 wurde er [Pinkus] laut Notiz in der kommunistischen Zeitung 'Freiheit' als 'Parteifeind aus der KP ausgeschlossen'.» Auch später, im Oktober 1946, als Pinkus in der Tschechoslowakei «mit Kommunisten betreffend Bücher» verhandelt hätte, seien diese Bestrebungen «gegen die Interessen [Edgar] Woogs» gewesen. Deshalb habe ihn Helene Erb und Lydia Woog bei Prager Kommunisten schriftlich als aus der Partei Ausgeschlossenen denunziert. Dieser Schlag wird sich erst später als einer ins Leere erweisen, weil «Pinkus bei den massgebenden KP-Stellen in Prag und weiter östlich sich besseren Ansehens erfreut als die beiden Denunziantinnen». Die Akte schliesst mit der Bemerkung: «Pinkus wurde mir in jüngster Zeit als im Dienste des russischen Nachrichtendienstes stehend signalisiert. Konkrete Einzelheiten konnten mir indessen noch nicht gegeben werden.» (0043)

Optimistische politische Einschätzung

Theo Pinkus schreibt am 14. März 1948 für die Zeitung «Deutschlands Stimme», die ein Organ des Deutschen Volkskongresses ist, den Artikel «Im Namen Schweizer Sozialdemokraten». Darin heisst es recht optimistisch: «Wenn die Deutschen, an der Seite der fortschrittlichen Kräfte der Welt, im Kampf für Frieden und Demokratie und für die Einheit ihres Landes einig sind, dann kann keine Macht der Welt Deutschland zerreissen.» Die Abschrift dieses Artikels besorgt die Schweizerische Heimschaffungsdelegation in Berlin und ist an das Eidgenössische Politische Departement in Bern adressiert. (0044)

Verdacht des verbotenen Nachrichtendienstes

Eine im Januar 1949 von der Kantonspolizei Zürich verfasste Akte resümiert nochmals ausführlich alle bisherigen Lebensstationen von Theo Pinkus und führt zahlreiche Personen auf, die mit ihm in Verbindung stehen. Die Ausgangslage dabei ist eine von der SBA am 2. September 1948 veranlasste Durchführung eines gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahrens wegen «Verdachts des verbotenen Nachrichtendienstes». Die zuständigen Beamten in Zürich geben sich inzwischen vorsichtig siegessicher und verkünden: «Das Tätigkeitsfeld Pinkus' ist derart vielfältig, bietet unzählige gute Tarnungsmöglichkeiten für nachrichtendienstliches Wirken, dass wir der Ansicht sind, Pinkus werde nur mit einem auf lange Dauer beharrlich weitergeführten Ermittlungsverfahrens in die Maschen laufen.» (0059)

Gute Verbindungen zur Ostzone

Am 21. April 1949 kommt die Stadtpolizei Zürich aufgrund der regen beruflichen Aktivitäten von Theo zum Schluss: «Da die PdA mit ihrem Literaturvertrieb ins Hintertreffen geriet, dürfte wohl Beweis genung sein, dass sich Pinkus besonderen Entgegenkommens der massgebenden Stellen in der Ostzone erfreut. Es rechtfertigt sich daher, denselben weiterhin unter Kontrolle zu halten.» (0066)

Unfreiwilliger SP-Ausschluss

Eine Kurze Mitteilung in der «Berner Tagwacht» vom 21. November 1950 hat den SPS-Auschluss von Theo zum Thema: «Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich teilt mit: Verschiedene Anfragen aus Parteikreisen veranlassen uns zur Mitteilung, dass Theo Pinkus, Zürich 2, der Sozialdemokratischen Partei nicht mehr angehört. Er wurde am 6. Oktober 1950 aus grundsätzlichen Erwägungen und nach gründlicher Prüfung seiner politischen Stellungsnahme durch die zuständige Kreispartei ausgeschlossen.» (0117)

Kontakte zur «Roten Kapelle»?

«Von in der Regel gut informierter Seite» wird die Stadtpolizei Zürich im November 1953 bezüglich Theo Pinkus darauf aufmerksam gemacht, dass «in diesem Büchersuchdienst nicht alles mit rechten Dingen zugehen könne, man betrachte diese Buchhandlung als eine Nachrichtenstelle. Theo Pinkus sei ein schlauer Fuchs, die Polizei könne ihm mit den üblichen Methoden kaum beikommen». Dieselbe Akte enthält auch einen Verweis auf eine Mitteilung der Kantonspolizei Zürich vom 6. Januar 1949, die erwähnt, «dass auf alle Fälle seine gewesene Mitarbeiterin Selma Bührer, nun verheiratete Gessner, zur 'Roten Kapelle' gehörte. Dass dabei auch Theo Pinkus die Hand im Spiele gehabt hat, ist naheliegend». (0274)

Mit üblen Methoden eine Mitgliedschaft verhindern

Als sich Theo im Herbst 1955 zum dritten Mal um die Aufnahme in den Schweizerischen Buchhändler- und Verlegerverein (SBVV) bewirbt, wendet sich der SBVV eigene Anwalt Max Schiller am 4. November 1955 in einem Schreiben an die Schweizerische Bundesanwaltschaft und hält darin fest, dass «es nach wie vor die Absicht meiner Klientin ist, Herrn Pinkus wenn irgendwie möglich nicht als Mitglied aufzunehmen». Weil Schiller aber weiss, dass eine erneute Absage nicht mehr aus fachlichen, sondern «nur noch mit dem politischen Argument begründet werden kann», möchte er in Erfahrung bringen, «ob gegen Herrn Pinkus ganz konkrete Vorbehalte erhoben werden können, die über das hinausgehen, was durch die Tagespresse bekannt geworden ist und die geeignet sind, seine Zuverlässigkeit als Mensch, als Mitglied eines Verbandes wie der SBVV, oder als Staatsbürger, zu verneinen oder in Zweifel zu ziehen». Schillers skandallöse Vorgehensweise bleibt am Schluss jedoch erfolglos, im September 1960 wird Theo vom Vorstand der SBVV als ordentlicher Buchhändler anerkannt. Dass es deshalb innerhalb des SBVV zu Meinungsdifferenzen kommt, erfährt man in einem später verfassten Bericht der Stadtpolizei Zürich vom 7. Juni 1961. Darin wird unter anderem ein Solothurner Buchhändler zitiert, der diese Entscheidung als leichtsinnige und kurzsichtige Haltung des Verbandes kritisiert. Auch eine andere Meinung kommt aber zu Wort: ein Buchhändler ist überzeugt, dass der Verein nicht das Recht habe, einen Menschen in der Ausübung seines Berufes zu behindern. (0349)

Antisemitische Charakterisierung

In einem ausführlichen Bericht über Theo Pinkus schreibt die Schweizerische Bundesanwaltschaft am 14. November 1955: «Pinkus unterhält Beziehungen zu ausländischen kommunistischen Kreisen und zu verschiedenen prominenten schweizerischen Kommunisten. Zu erwähnen sind ausserdem seine Verbindungen zur russischen, ungarischen und chinesischen Gesandtschaft in Bern. Zusammengefasst ergibt sich, dass Pinkus aktiver Kommunist ist. Als raffinierter Geschäftsmann versteht er es, seine politischen Beziehungen für die berufliche Tätigkeit geschickt auszunützen». Trotz dieser Kenntnisse müssen die Beamten eine etwas ratlose Bilanz ziehen: «Konkrete Beweise für eine verbotene nachrichtendienstliche Tätigkeit konnten ihm indessen bis heute nicht nachgewiesen werden.» Die Akte schliesst mit der Wiedergabe einer von einem Offizier im Jahre 1940 für die Bundespolizei verfassten «Charakterisierung des Theodor Pinkus», die in ihrem antisemitischen und infamen Wortlaut kaum zu überbieten ist: «Ich mache Sie auf den gegenwärtig hängigen 'Fall Pinkus' aufmerksam. Pinkus, ein mit allen Wassern abgebrühter dreckiger Geschäftemacher, ist ein in Zürich eingebürgerter Jude und Mitglied der KP. Derzeit spielt sich der Mann als grosser Patriot und Gönner unserer Wehrmänner auf, wobei vertrauensselige Leute, die Leitung der 'Pro Juventute' und andere dergleiche Institutionen hineingefallen sind. Es ist ebenfalls der Jude Pinkus gewesen, der seinerzeit den russischen Propagandafilm 'Panzerkreuzer Potemkin' und andere derartige Erzeugnisse eingeführt hat. Leider hat sich Pinkus mit der den Juden besonders eigenen Aufsätzigkeit bei vielen absolut integeren Leuten Lieb-Kind zu machen verstanden.» (0352)

Kein Wort über Stalin

Eine von Theo im Zunfthaus Zimmerleute am 5. April 1956 organisierte Begegnung mit dem DDR-Schriftsteller Walter Victor ist Gegenstand dieser Akte der Kantonspolizei Zürich. Darin ist zu lesen: «Diese von Pinkus organisierte Zusammenkunft zeigte wieder einmal mehr, auf welcher Ebene Pinkus dem Kommunismus dienlich ist. Auch kam bereits die Auswirkung des 20. Parteitages der KPdSU zum Ausdruck, indem der anscheinend linientreue Schriftsteller Victor ihren ehemaligen Klassiker Stalin mit keinem Worte ehrte.» (0365)

Nur schwer einzuschätzen

Dass Theo für die Polizeistellen weiterhin undurchschaubar bleibt, beweist eine Bemerkung der Kantonspolizei Zürich vom 3. Oktober 1956: «Da Theodor Pinkus dem Vorstand von 'Kultur und Volk' angehört, kann nicht immer klar unterschieden werden, ob dessen Beziehungen [zu Verlagsstellen in der DDR] geschäftlicher Natur sind oder diesen politisch-kulturelle Bedeutung beizumessen ist.» (0387)

Telefonkontrollen

Ungebrochen ist der Wille der Kantonspolizei Zürich, Theo zu observieren, um ihm ein rechtliches Vergehen nachweisen zu können. Am 13. September 1957 heisst es: «Bekanntlich hat der Kommunist Theodor Pinkus häufig ausländische Besucher. Dass es sich bei solchen Personen gewiss oft um Kommunisten handelt, dürfte kaum in Frage stehen, weshalb wir der laufenden TK [Telefonkontrolle] die nötige Aufmerksamkeit schenken und die sich anmeldenden unbekannten Besucher nach Möglichkeit identifizieren». (0415)

Theo Pinkus bei Noel Field

Ein Bericht der Kantonspolizei Zürich widmet sich im April 1957 dem weitverzweigten buchhändlerischen Tätigkeitsfeld von Theo und konstatiert dabei, dass «im Bücherhandel von und nach dem Osten Pinkus die Literaturvertriebe der PdA übertrifft, er hat nachgerade eine Monopolstellung für den gesamten schweizerischen Buchhandel mit dem Osten.» Weiterhin wird auch am Verdacht festgehalten, «Pinkus könnte ein Verbindungsglied im sowjetischen Nachrichtendienst nach dem Westen sein». Und weiter: «Gerade im gegenwärtigen Moment schickt er sich wieder zu einer Reise nach Budapest an, um dort mit Noel Field und Herta Field zusammen zu kommen. Solche Beziehungen sprechen deutlich genug, dass Pinkus nachrichtendienstlichen Stellen nicht fremd ist. Es ist aber ausserordentlich schwer, Pinkus diesbezüglich näher zu kommen. Sein Bücherladen ist als Agenten-Anlaufstelle vorzüglich geeignet und örtlich so günstig gelegen,

dass Überwachungen während längerer Zeit nicht unbemerkt erfolgen können. Sein Personal rekrutiert sich ausschliesslich aus bekannten Kommunisten, sodass für ihn Gewähr besteht, dass niemals etwas durchsickert.» (0438)

Finanzielle Unterstützung der PdAS?

Der aus der DDR nach Westdeutschland geflüchtete stellvertretende Leiter des Verlags «Neues Leben», Helmuth Schiering, stellt sich am 20. Januar 1959 während seines Aufenthaltes in Locarno den Fragen der Schweizerischen Bundesanwaltschaft zur Verfügung, um Auskunft zu geben, «über seine Beziehungen zum Büchersuchdienst Pinkus und dessen finanzielle Zuwendungen an die PdA Schweiz». Nachfolgend ein längerer Auszug: «Pinkus hat die Unwissenheit seiner Geschäftspartner im Westen wie im Osten ausgenützt. Nachdem mir diese Tatsache bekannt wurde, stellte ich Pinkus zur Rede. Es war dies anfangs 1956 in Berlin. Er begründete sein unloyales Verhalten damit, dass ein Unternehmen mit Wissen der Schweizerischen Kommunistischen Partei (PdA) als Blutspender für die schwache finanzielle Situation der Partei gedacht sei. Er sagte ganz konkret, dass er der Partei mehr Gelder abliefern könne, wenn sein Gewinn entsprechend höher ausfalle. Da von mir aus die Absicht bestand, keine Geschäfte mehr mit Pinkus auf dieser Basis zu tätigen, versuchte er mich von der ideologischen Seite her zu beeinflussen, indem er auf die Notwendigkeit hinwies, die kommunistische Partei der Schweiz materiell zu unterstützen. Um seine Forderung zu untermauern, erzählte er eine Reihe der bisher von seiner Seite durchgeführten Praktiken. Aus diesen Darstellungen entnahm ich, dass Pinkus seit etwa 1950 inoffiziell durch die entsprechende Abteilung im ZK der SED Gutschriften und aussergewöhnliche Preisnachlässe für getätigte Lieferungen erhielt. In welcher Höhe sich diese bewegen, ist nicht genau zu sagen.» Schiering geht danach noch weiter auf die Beziehung zwischen Theo und der SED ein: «Das Verhältnis der Parteistellen der DDR zu Pinkus scheint mir sehr zwiespältig zu sein. Einerseits scheint er für die jetzige Form seiner Tätigkeit in der Schweiz nicht entbehrlich, gilt aber andererseits als Anhänger einer reformistisch-sozialdemokratischen Linie. Am deutlichsten kommt dies zum Ausdruck, wenn man bedenkt, dass er ein engerer Bekannter des Minister Ziller war, der wegen seiner anit-Ulbricht'schen Einstellung Weihnachten 1957 Selbstmord verübte.» Seine persönliche Einschätzung über die politische Ausrichtung von Theo formuliert er folgendermassen: «Persönlich habe ich den Eindruck, dass Pinkus nur aus Geschäftsgründen Kommunist ist, in seiner eigentlichen Grundhaltung aber zur SP tendiert.» Natürlich taucht im Verlauf des Gesprächs auch wieder die Frage auf, inwiefern Theo für die DDR nachrichtendienstlich tätig sein könnte. Schiering antwortet darauf: «Während seiner Aufenthalte in der DDR hat Pinkus zu vielen Stellen und Personen Verbindungen gepflegt. Es ist mir nicht bekannt, ob solche auch nachrichtendienstlichen Zwecken dienten. Ich habe diesbezüglich keine Beobachtungen gemacht und er hat auch nie Andeutungen in dieser Richtung getan». (0472)

Buchhandlung als kommunisitscher Knotenpunkt

Auch nach den Aussagen von Helmuth Schiering bleiben Fragen offen, wie eine Akte der Kantonspolizei Zürich vom 2. Oktober 1959 beweist: «Die Frage, ob Pinkus aus seinem Bücherhandel mit den kommunistischen Oststaaten, insbesondere der DDR, die PdA finanziere, vermögen wir nicht zu beantworten. Es ist bekannt, dass Pinkus bei den volksdemokratischen Verlagen einzigartig gut angeschrieben ist und er hinsichtlich Vertrauen bei seinen Partnern den Literaturvertrieb der PdAS weit übertrifft. Der von Hans Zogg geleitete Literaturvertrieb der PdAS ist umsatzmässig auch gar nicht vergleichbar mit Pinkus.» Doch bleibt der Wille der Beamten zur weiteren Überwachung auch weiterhin bestehen: «Pinkus und seine Firma sind aber nicht nur auf dem Sektor 'KP-Finanzierung' für uns von Interesse. Seine Buchhandlung ist heute der Knotenpunkt internationaler kommunistischer Linien und wir zweifeln keinen Moment daran, dass dieser Laden auch eine Rolle im östlichen Nachrichtendienst spielt. Die Einblicknahme in das dortige Treiben hat sich in den letzten Jahren jedoch zusehends erschwert und seit Pinkus nun Eigentümer der Liegenschaft ist, haben sich unsere Beobachtungsmöglichkeiten nochmals reduziert.» (0492)

«Aufrechter» Schweizer im Kampf gegen politische Feinde

Am 31. August 1961 sieht sich ein beherzter Zürcher Goldschmied veranlasst, der Bundespolizei ein haarsträubendes Schreiben zukommen zu lassen, das verlangt, «den unten folgenden Mann unter die Lupe zu nehmen, und bei eventuellem Kriegsausbruch ect. sofort als Feind zu verhaften: Pinkus Theodor, Buchhändler, Besenrainstrasse 26, Zürich 2». Der recht kurzgehaltene Brief endet mit folgenden Worten: «Ich bitte Sie auf der Hut zu sein, damit wir unsere Freiheit nicht durch solche Schmierfinken verlieren. Mit freundlichem Gruss. René Wehrli.» (0605)

Überwachungen bringen kaum neue Erkenntnisse

Dass die zuständigen Bundesbeamten auch einige Jahre später, am 21. September 1965, keine wesentlich neuen Informationen bezüglich Theo Pinkus in den Händen haben, geht aus dieser Akte hervor: «Pinkus unterhält sehr enge Kontakte mit diplomatischen Vertretungen der Oststaaten bedingt durch seine Tätigkeit als Buchhändler. Er besucht regelmässig die Buchmessen in Leipzig (DDR) und reist auch sonst sehr oft nach den Ostblockstaaten.» (0844)

Rege Mitgliedschaften

Um den allgemeinen Informationsfluss über Theos Aktivitäten nicht gänzlich zum Stillstand zu bringen, teilt die Stadtpolizei Zürich am 28. August 1968 mit: «Durch besondere Umstände erhielten wir

davon Kenntnis, dass der bekannte Linksextremist Theodor Pinkus Mitglied folgender Organisationen ist: Ja-Press, Touristenverein 'Die Naturfreunde', Verkehrshaus der Schweiz, Zentralbibliothek Zürich, Filmgilde Zürich, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürcher Kunstgesellschaft, Schweizerische Jugendherbergen, Filmclub Zürich, Vereinigung Kultur und Volk, Republikanischer Club Berlin.» (1054)

Theo Pinkus und die Neue Linke

Die Kantonspolizei Zürich legt erst am 10. März 1971 wieder einen neuen und umfassenden Pinkus-Bericht vor «über die Tätigkeit, die politische Gesinnung und die Beziehungen zu linksorientierten Kreisen im In- und Ausland». Nach seitenlangen Ausführungen, die bereits Bekanntes wiederholen, konstatieren die Autoren nebst neueren Kontakten mit Rudi Dutschke, Daniel Cohn-Bendit und Herbert Marcuse auch eine deutliche Veränderung des politischen Umfelds von Theo: «Seit Beginn des Jahres 1967, indem ein erster Schulterschluss zwischen der nicht mehr existierenden Jungen Sektion der Partei der Arbeit und der gleichfalls nicht mehr existierenden Fortschrittlichen Studentenschaft festgestellt werden konnte, wirkte die Limmatbuchhandlung des Theo Pinkus praktisch als Koordinationsstelle der verschiedenen APO-Gruppen. Ausgezeichnet sind ferner Pinkus' Kontakte zur antiatomaren Bewegung, zu den Dienstverweigern und zu den italienischen-, spanischen- und griechischen Kommunisten in der Schweiz. Ein besonderes Augenmerk schenkt er sodann den Beziehungen zu den linksintellektuellen Kreisen und den vornehmlich im Kultursektor einen linken Kurs verfolgenden Journalisten.» Und weiter: «Interessant scheint der Umstand, dass die enge Zusammenarbeit mit der Jungen Sektion der Partei der Arbeit, bzw. die von ihm offen zur Schau getragene Sympathie für diese Kreise, Pinkus im Jahre 1969 fast den Ausschluss aus der PdA eingetragen hätte. Dass es nicht zu einem Ausschluss kam, hat er lediglich dem Umstand zu verdanken, dass ein entsprechender Antrag in der Parteileitung nicht genügend Stimmen auf sich vereinigte.» Das Fazit dieser neuerlichen Recherchen lautet: «Pinkus ist ein alter, fanatischer Kommunist eigener Prägung mit weltweiten Beziehungen. Einmal mehr Richtung Moskau, einmal mehr Richtung Peking.» Und am Schluss: «Greifbare Hinweise für ND fand ich bisher nie. Überzeugt bin ich, dass er gegen das ihm verhasste kapitalistische System – er ist selbst ein Kapitalist – agitiert wo und wann er nur kann». (1267)

Die Kontakte zur DDR

Auch die Bundespolizei ist in der Sache Pinkus weiterhin auf der Hut und schreibt in einem Bericht am 1. Juni 1973: «Inbezug auf die Person des Theodor Pinkus bestehen umfangreiche Akten. Die entsprechenden Schilderungen behalten noch heute ihre Gültigkeit, denn noch immer kann er als einer der rührigsten Agitatoren oder gewissermassen als Träger des linksextremen, antiautoritären Gedankenguts schlechthin bezeichnet werden. Seine brillante Fähigkeit und die verbissene Beharrlichkeit, vorab junge Leute für den Kommunismus zu begeistern, stempelten ihn zum Objekt Nummer eins unseres Staatsschutzes.» Und wie denkt die Bundespolizei über den resistenten Verdacht der nachrichtendienstlichen Tätigkeit? «Wenngleich wir dem Genannten bisher keine konkreten Kontakte zu fremden Staatssicherheitsorganen nachweisen können, so liegt der Verdacht doch nahe, dass solche bestehen bzw. stattfinden. Ohne Zweifel hegt nämlich die DDR am verbissenen, bestinformierten Extremisten Pinkus ein gewisses Interesse. Ob gegebenenfalls Theodor Pinkus auf Anfragen von Gesinnungsgenossen in der DDR mit seinen entsprechenden Kenntnissen hinter dem Berg zurückhalten würde, bedarf keines Fragezeichens.» (1407)

Kaum neue Ergebnisse im Ermittlungsverfahren

Drei Zwischenberichte der Bundespolizei vom März, Juli und Oktober 1974 bezüglich des Ermittlungsverfahrens (TK) gegen Theo sind aufgrund seiner intensiven Auslandreisen derart dürftigen Inhalts, dass der Bupo-Chef am 23. Oktober 1974 zwar die Weiterführung des Ermittlungsverfahrens beantragt, dabei aber betont: «Sollten jedoch während der nächsten Monate die Erkenntnisse nicht ergiebiger ausfallen, müssten wir die Aufhebung der (TK) erwägen.» Als sich auch im Verlauf des Novembers daran nichts ändert, fasst der Chef der Bundespolizei folgenden Entschluss: «Ich stelle den Antrag, die TK vorläufig aufzuheben, ohne jedoch das Ermittlungsverfahren einzustellen.» (1444, 1472, 1497, 1505)

Unhaltbare Verdächtigung

Am 21. Dezember 1976 wird die Bundespolizei von einer «Gewährsperson» darauf hingewiesen, dass es sich bei der Pinkus-Buchhandlung «um eine nachrichtendienstliche Verbindungsstelle des MfS [Ministerium für Staatssicherheit] in der Schweiz handeln» könnte. Die Bundespolizei kommt aber damit kaum weiter und muss sich damit abfinden, dass «die ausgesprochene Vermutung von der Gewährsperson nicht begründet werden konnte.» (1544)

Später Sieg der Vernunft

Gegen Ende 1978 scheint der Chef der Bundespolizei die Hoffnungen aufzugeben, Theo doch noch eines Vergehens überführen zu können. In der entsprechenden Akte vom 21. November heisst es: «Es ergaben sich seit längerer Zeit keine Erkenntnisse mehr, welche den Verdacht der Strafbarkeit des Theodor Pinkus erhärtet hätten. Ich beantrage daher die Einstellung des gerichtspolizielichen Ermittlungsverfahrens.» (1560)

Sandro Schaub

Das neue WIDERSPRUCH-Heft 35/ Juli 1998:

Menschenrechte

Die Proklamation der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 in Genf bleibt auch fünfzig Jahre danach aktuell. Die universelle Gültigkeit und die Unteilbarkeit der Menschenrechte sind völkerrechtlich verbindlich festgelegt, und dennoch sind sie seit Jahren Ausgangspunkt und Gegenstand von philosophischen und politischen Debatten. Und die konkrete Lage der Menschenrechte ist weltweit äusserst beunruhigend; die Menschenrechtspolitik ist in die Krise geraten. Globalisierung ohne Menschenrechte?

Dieter Senghaas fordert für den Fortgang des internationalen Menschenrechtsdialogs ein historisch begründetes und realistisches Verständnis der Menschenrechte: Sie sind nicht selbstverständlicher Kernbestand europäischer Kultur, sondern mussten wider die eigene Tradition erkämpft werden!

Irreführend und überflüssig ist nach *Georg Lohmann* die vom 'Inter-Action Council', einer Vereinigung politischer Führungspersönlichkeiten, propagierte «Deklaration von Menschenpflichten». Ist das Recht auf Entwicklung ein Erfordernis im Kampf gegen den Kulturimperialismus des Nordens? In den seit der Wiener UNO-Menschenrechtskonferenz 1993 wieder entfachten Grundsatzkonflikt zwischen individuellen und kollektiven Menschenrechten interveniert *Reinhart Kössler*. Das auf individuelle Wirtschaftsfreiheit und Modernisierung setzende Entwicklungsparadigma verschärft Ungleichheit und Armut. Im Streit «Universalismus contra Kulturrelativismus» argumentiert *Alex Sutter* gegen kollektive Menschenrechte; dies am Beispiel der Minderheitenrechte, der Rechte indigener Völker und der «Ethnisierungsfalle». Nach *Farhad Afshar* schliessen sich die internationalen Menschenrechte des Westens und die universalen des Islams prinzipiell aus; er besteht auf der Differenz, plädiert aber für einen interkulturellen Dialog.

Für *Christa Wichterich* hat die Frauenrechtspolitik in den neunziger Jahren begonnen, sich in die internationale Menschenrechtspolitik einzumischen und das Menschenrechtskonzept um feministische Komponenten zu erweitern. Skeptisch ist *Susanne Kappeler*: In der Debatte über «Frauen im Islam» übergehen westliche Feministinnen die Tatsache, dass weltweit – auch im Westen – weiterhin Männerrechte den Vorrang haben.

Menschenrechtspolitik ist Friedenspolitik! *Günther Baechler* geht es um den Minimalbestand von Universalwerten in einer Weltfriedensordnung. In einer solchen wäre nach *Sieglinde Weinbrenner* das Recht auf Nahrung im Kampf gegen zunehmende Armut auf der Welt nachhaltiger durchsetzbar. Aber auch im Westen bedarf es aus *Peter Ulrichs* wirtschaftsethischer Sicht neuer Wirtschaftsbürgerrechte und einer grundrechtorientierten, lebensdienlichen Arbeitspolitik. Der globale Kapitalismus widerspricht, wie *Wolf-Dieter Narr* und *Roland Roth* ausführen, den Menschenrechten; eine Neubestimmung ist vonnöten. Menschenrechte als politisches Projekt? Für *Heiner Busch* gibt es künftig keine Linke ohne offensive Grundrechte- und Bürgerrechtspolitik, ohne radikale Demokratisierung.

Die UNO ist für den Genozid in Rwanda 1994 mitverantwortlich, die Idee der humanitären Intervention diskreditiert. Wird, so fragt *Christian P. Scherrer*, die UNO unter Kofi Annan umdenken? *Selahattin Celiks* Hintergrundbericht über die Kurdistanpolitik des Staates und Militärs dokumentiert den Völkermord in der Türkei. Und *Bruno Rütsche* untersucht den Paramilitarismus und das Prinzip der Straflosigkeit in der Justiz Kolumbiens. *Sabine Kebir* berichtet über die Menschenrechtsbewegungen in Algerien.

Die Wege von immer mehr Asylsuchenden und Flüchtlingen enden vor den bewachten Grenzen der «Festung Westeuropa». Gleichzeitig, so *Angeline Fankhauser*, höhlen die aktuellen Revisionen der Asylgesetze in der Schweiz und in Deutschland das Recht auf Asyl aus. *Anni Lanz* stellt fest, dass das neue marktorientierte Zulassungsmodell die Migrantinnen am härtesten diskriminiert. Und die Recherchen der *Gruppe* augenauf zeigen: Die Ausschaffungen aus den Flughafengefängnissen nehmen zu. Debatten über die Einwanderungsgesellschaft und eine transnationale Staatsbürgerschaft stehen an!

Marginalien, Literaturberichte und Rezensionen zum Themenschwerpunkt und die Zeitschriftenschau schliessen das umfangreiche Heft ab.

WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

35

Menschenrechte

Menschenrechte ohne Pflichten? Universalismus oder Kulturrelativismus? Frauenrechte / Männerrechte: Menschenrechte im Islam; Friedenspolitik und Recht auf Entwicklung; Arbeit, Nahrung und Wirtschaftsbürgerrechte im Weltkapitalismus; UNO und Rwanda; Algerien; Staatsterrorismus in Kolumbien und in der Türkei

D. Senghaas, G. Lohmann, R. Kößler, A. Sutter, F. Afshar, Ch. Wichterich, S. Kappeler, G. Baechler, S. Weinbrenner, P. Ulrich, W.-D. Narr, R. Roth, H. Busch, Ch.P. Scherrer, S. Celik, B. Rütsche, S. Kebir

Diskussion

A. Fankhauser: Schweiz verweigert Recht auf Asyl
A. Lanz: Frauenmigration und Diskriminierung
Gruppe augenauf: Ausschaffung – um jeden Preis

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

18. Jg./Heft 35 - Juli 1998 Fr. 21.–

Umschlag 35 1 03.07.1998, 12:28 Uhr

240 Seiten
Fr./DM 21.–. Buchhandel
oder WIDERSPRUCH,
Postfach, CH-8026 Zürich.
Tel./Fax: 0041 1 273 03 02.
E-Mail:
widerspruch@access.ch

Den Auftakt zum 16. Parteitag der Partei der Arbeit der Schweiz bildet die öffentliche Diskussionsveranstaltung

150 Jahre Kommunistisches Manifest – was hat es uns heute zu sagen?

Kapitalismus und Klassenherrschaft, Ausbeutung und Entfremdung der Menschen haben sich seit dem Erscheinen des Manifests nicht grundsätzlich geändert. Gewandelt aber haben sich das Erscheinungsbild und die praktische Umsetzung. Wie ist die im Manifest entwickelte Theorie aufgrund der heutigen Erfahrungen zu beurteilen? Welche Bedeutung hat sie für die politische Praxis der Kommunisten heute?

Unter Leitung von
Jean Villain, Schriftsteller und Publizist, diskutieren

Prof. Dr. Hans Heinz Holz,
Philosoph und Mitglied der DKP

Jean Francois Gau,
Verantwortlicher der «espaces citoyen» PCF

sowie eine Referentin/ein Referent der Rifondazione Communista

Freitag, 20. November 1998, 19.30 im Casino Aussersihl, Rotwandstrasse 4, 8004 Zürich

AZB 8031 Zürich
PP/Journal CH 8031 Zürich

Retouren: Studienbibliothek, Postfach 2127, CH 8031 Zürich

Impressum

Hrsg. Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Bulletin der Mitglieder des Fördervereins. Erscheint 4x jährlich

Quellenstrasse 25
Postfach 3312
8031 Zürich
Telefon 01 271 80 22
Fax 01 273 03 02

Redaktion:
Brigitte Walz-Richter
Manfred Vischer
Gestaltung:
Rolf Schmid

Druck:
W. Sollberger
Guthirtstrasse 10
8037 Zürich

Auflage: 2500 Ex.

Hinweis

Öffnungszeiten Bibliothek:

Di, Mi, Fr	9.00–13.00 Uhr
	14.00–18.00 Uhr
Do	9.00–13.00 Uhr
	14.00–19.00 Uhr
Mo auf tel. Anfrage	